

**Eingang:**

05.05.2021

**Dringlicher Antrag  
der CDU-Fraktion  
gemäß § 17 (3) GOS**

**Ermittlungsverfahren in der SPD/AWO-Affäre:  
Oberbürgermeister Feldmann muss sein Amt ruhen lassen**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Oberbürgermeister Peter Feldmann auf, sein Amt bis zum Abschluss des gegen ihn eröffneten Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft ruhen zu lassen.

**Begründung**

Die Arbeiterwohlfahrt war vor 20 Jahren Träger im Bereich der Altenhilfe und mit ihren Ortsvereinen stark ehrenamtlich im Sozialbereich engagiert. Seitdem ist die AWO zu einem Sozialkonzern im Bereich der Jugendhilfe, Kinderbetreuung und Flüchtlingshilfe gewachsen. Dies alles wäre ohne das Netzwerk mit der SPD-Fraktion nicht möglich gewesen. Schlüsselfigur war über diesen Zeitraum der frühere sozialpolitische Sprecher der Römer-SPD, frühere Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und spätere Oberbürgermeister Peter Feldmann.

Die SPD hat zweckmäßig alle anderen in die SPD/AWO-Affäre verstrickten Politikerinnen und Politiker nicht wieder für politische Mandate nominiert. Dies gilt für die ehrenamtliche Stadträtin Elke Sautner (Stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums der AWO Frankfurt), Dr. Renate Wolter-Brandecker (Präsidiumsmitglied), Stadtverordnete Myrella Dorn (überbezahlte studentische Aushilfe der AWO) und die Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen (Kassenprüferin der AWO Frankfurt).

Essenziell ist jetzt die Klärung der Rolle des Oberbürgermeisters. Seit Beginn dieses Jahres wird er, mit der Eröffnung des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens gegen ihn, als Beschuldigter im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen die Verantwortlichen der AWO geführt.

Die Stadt Frankfurt ist Geschädigte im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und Opfer der Betrügereien der AWO. Der Oberbürgermeister hat sichtbar Einfluss auf die Aufarbeitung der AWO/SPD-Affäre genommen. So hat er mehrfach aktiv Einfluss auf Magistratsberichte genommen, um Transparenz und Aufklärung zu verhindern. Daher ist es dringend geboten seine Zugriffsmöglichkeiten auf das Handeln der Stadt Frankfurt am Main zu unterbinden. Nur dies kann die Wahrung der Interessen der Stadt gegenüber der Arbeiterwohlfahrt sichern und verlorenes Vertrauen der Bevölkerung in das Spitzenamt des Frankfurter Oberbürgermeisters zurückbringen.

Dr. Nils Köbler  
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Stephan Siegler